

Bolz, Klaus

**Article — Digitized Version**

## Kredite für die Sowjetunion?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Bolz, Klaus (1982) : Kredite für die Sowjetunion?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 6, pp. 262-263

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135683>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## Kredite für die Sowjetunion?

Die westeuropäischen Regierungen haben sich auf dem Weltwirtschaftsgipfel gegenüber Präsident Reagan aus politischen und ökonomischen Gründen für eine begrenzte Weiterführung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen ausgesprochen. Die osteuropäischen Länder können also auch künftig in gewissem Umfange mit einer Kreditgewährung rechnen. Nicht zuletzt die Sowjetunion müßte diese Entscheidung begrüßen, scheint doch damit auch für sie die Gefahr einer weitreichenden Abschnürung von den westlichen Finanzmärkten zu nächst einmal gebannt.

Mit Blick auf die Praxis hätte es allerdings des sehr allgemein formulierten Kreditbeschlusses von Versailles im Grunde nicht bedurft. Zwar hat die Sowjetunion 1981 bis Ende September noch rund 2 Mrd. \$ an Krediten erhalten, doch mußte sie dabei eine Verschlechterung ihrer Fälligkeitsstruktur hinnehmen. Als Ausdruck eines geschwächten Standings der Sowjetunion auf den internationalen Finanzmärkten ist auch die Auflösung ihrer Guthaben bei westlichen Banken zu deuten. Die Sowjetunion mußte nämlich, wohl wegen mangelnder weiterer Kreditmöglichkeiten, ihre Einlagen bis Ende September 1981 von 8,57 auf 4,51 Mrd. US-\$ reduzieren. Schon diese wenigen Informationen zeigen, daß die westlichen Kreditquellen auch zugunsten der Sowjetunion seit geraumer Zeit nicht mehr so ergiebig sprudeln wie ehemals und die westlichen Banken die in den binnen- und außenwirtschaftlichen Problemen der sozialistischen Länder liegenden Risikofaktoren bei der Bemessung der Höhe und der Einzelbedingungen neuer Kredite inzwischen gewissenhaft berücksichtigen. Der Versailler Beschluß wird dementsprechend auch keine weitere Kreditbegrenzung – insbesondere nicht, was das deutsche Ostengagement angeht – zur Folge haben.

Die von den USA entfachte Grundsatzdiskussion um die Vergabe von Ostkrediten fordert freilich erneut einige Feststellungen zur wirtschaftlichen Dreiecksbeziehung zwischen Amerika, Europa und der Sowjetunion heraus. Die Bundesrepublik und einige andere westeuropäische Länder können ihre Exporte in die Sowjetunion heute und wahrscheinlich auch in den nächsten Jahren wertmäßig überhaupt nur dann aufrechterhalten, wenn sie der Sowjetunion im gewissen Umfange immer wieder neue Kredite gewähren. Dies gilt vorrangig für Großgeschäfte, wie sich gerade jetzt wieder bei der Vergabe und der Finanzierung von Aufträgen im Rahmen des westeuropäisch-sowjetischen Erdgas-Röhren-Geschäfts deutlich zeigt.

Eine Kreditfinanzierung wird von der Sowjetunion erwartet, obwohl sie seit Jahren gegenüber Westeuropa immer wieder Exportüberschüsse erzielt. Betrachtet man nur einmal für das Jahr 1981 die Salden der wichtigsten Handelspartner der Sowjetunion in Westeuropa – diese sind auch die von den USA besonders stark kritisierten Länder –, dann ergibt sich ein eben nicht geringer sowjetischer Überschuß. Aus Gründen der Vergleichbarkeit seien die

Salden in sowjetischen Rubeln angegeben: Bundesrepublik Deutschland 766 Mill. (plus Westberlin mit 166 Mill.), Frankreich 860 Mill., Italien 1480 Mill., Niederlande 580 Mill.

Die Überschusssituation gegenüber Westeuropa wird wahrscheinlich sogar andauern. Dies zeigt sich infolge der umfangreichen Gasabnahmeverpflichtungen besonders deutlich im Falle der Bundesrepublik. Von Januar bis März 1982 erreichte die Sowjetunion (nach deutschen Angaben) bereits einen Überschuß von 1,122 Mrd. DM (1981 insgesamt 1,6 Mrd. DM). Trotz einer gewissen Förderung der eigenen Exporte durch neue Kredite werden die Bundesrepublik und einige andere westeuropäische Länder wohl vorerst mit einem „Loch“ – in der zweiten Hälfte der 80er Jahre möglicherweise sogar mit wachsenden Defiziten – in ihrer Handelsbilanz gegenüber der Sowjetunion leben müssen.

Die Mittel, die der Sowjetunion aus Westeuropa zufließen, werden von ihr – rein rechnerisch in vollem Umfang – für Zahlungen an getreideexportierende Länder benötigt, in denen die Sowjetunion selbst nur äußerst wenige Waren absetzen kann, nämlich in Argentinien, USA, Kanada und Australien (die sowjetischen Defizite gegenüber diesen Ländern betragen 1981 in Rubel 2340 Mill., 1480 Mill., 1330 Mill. und 520 Mill.). Diese Mittel fehlen somit für eine möglicherweise erwünschte Ausweitung der sowjetischen Nachfrage nach Importen aus Westeuropa.

In welchem Umfang die Sowjetunion künftig ihre aus den Exporten nach Europa erzielten Einnahmen in vollem Umfang wieder für Käufe in Europa verwenden kann, wird daher insbesondere von der Lösung ihrer Agrarprobleme abhängen. Bis dahin wird man wohl davon ausgehen müssen, daß die sowjetische Führung – auch zu Lasten anderer volkswirtschaftlicher Bereiche – mit diesen Barmitteln vorrangig Importe von Agrargütern finanzieren wird. Die Bundesrepublik aber wird davon – strukturell bedingt – wenig profitieren, ganz im Gegenteil. Dies zeigte sich z. B. schon 1981, als die deutschen Nahrungsmittelexporte in die UdSSR zwar um rund 250 Mill. DM auf fast 1 Mrd. DM anstiegen, die Exporte von Eisenwaren und Maschinen aber um 600 Mill. DM gegenüber dem Vorjahr zurückblieben.

Will man in der Bundesrepublik auf Dauer eine Erhöhung der Defizite vermeiden, sollte man rechtzeitig über die Möglichkeiten eines tendenziellen Ausgleichs in der deutsch-sowjetischen Handels- und Dienstleistungsbilanz nachdenken. In diese Überlegungen wird man einbeziehen müssen, daß die Mindernachfrage nach Investitionsgütern eine Ursache auch in den reduzierten jährlichen Investitionszuwächsen der Sowjetunion hat; oder anders gesagt: die Sowjetunion wird bereits jetzt – und in den kommenden Jahren verstärkt – bei ihrer Importpolitik von der Erkenntnis geleitet, daß die sowjetische Volkswirtschaft nur in einem begrenzten Umfang in der Lage ist, westliche Zulieferungen an Investitionsgütern wirtschaftlich sinnvoll zu integrieren. Die vorliegenden Plandaten der sowjetischen Wirtschaft bis 1985 für das gesamtwirtschaftliche Wachstum und für die Entwicklung der Investitionen deuten jedenfalls darauf hin, daß auch bei einer Planerfüllung kaum mit spürbaren Impulsen für die Nachfrage im Westen und speziell in der Bundesrepublik zu rechnen ist.

Ein wachsendes Loch in der deutsch-sowjetischen Handelsbilanz wird wohl am ehesten durch die rechtzeitige Vorbereitung neuer großer deutsch-sowjetischer Kooperationsprojekte vermieden werden können, wie sie sich nicht zuletzt im Energiebereich bereits abzeichnen. Ob aber derartige Projekte – z. B. die Kohleverflüssigung – wie ähnliche vorangegangene Projekte auf Kompensationsbasis und mit langfristigen Abnahmeverpflichtungen abgeschlossen werden sollten, ist eine ernsthaft zu prüfende Frage, da auf diesem Wege die deutsche Defizitsituation im Handel mit der Sowjetunion nur fortgeschrieben würde.

Dämpfen die Wachstumsprobleme der Sowjetwirtschaft einerseits die Nachfrage nach Investitionsgütern und entsprechenden Vorprodukten, könnten andererseits eines Tages aus diesen Problemen Chancen für vermehrte Konsumgüterexporte erwachsen. Sollte sich in der Sowjetunion die Erkenntnis durchsetzen, daß ohne eine zusätzliche Stimulierung der Werktätigen die Realisierung auch der bereits recht niedrig angesetzten Planziele bis 1985 gefährdet scheint, könnten sich von heute auf morgen interessante Absatzchancen für die deutsche Konsumgüterindustrie eröffnen und damit auch längerfristig durchaus Möglichkeiten zum Ausgleich der Handelsbilanz ergeben.